



KURS 2025

ANTI-ATOMPLAN
des Landes Oberösterreich



ANTI-ATOMPLAN DES LANDES OÖ. FÜR DEN ZEITRAUM 2021-2025

Nach dem Unfall in Fukushima Daiichi im März 2011 begannen sich die Energiestrategien innerhalb der internationalen Gemeinschaft erheblich zu unterscheiden. Einerseits erlebte die Atomenergie in einigen Ländern eine „Renaissance“, andererseits bekannten sich Länder zum Atomausstieg.

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und ein klares Bekenntnis für eine gemeinsame Anti-Atompolitik abzulegen wurde 2015 der Anti-Atomplan des Landes Oberösterreich Kurs:2020 beschlossen. Der vorliegende Anti-Atomplan 2021-2025 wurde aufbauend auf die erfolgreichen letzten Jahre der oö. Anti-Atompolitik in der Umsetzung des Kurs:2020 erstellt und durch Erkenntnisse daraus ergänzt.

Zukunftsbild

In der Europäischen Union wird erwartet, dass die Länder, die sich zu einer Reduktion des Nuklearprogramms oder zum Ausstieg entschlossen haben, jene Länder, die sich auf einen Ausbau festgelegt haben, überwiegen, so dass es in Summe zu einem Rückgang der Kapazität kommen wird. Die Unwirtschaftlichkeit der Atomkraft ist außer Frage gestellt, es kommt zu Verschiebungen der Investitionen in den europäischen Energieunternehmen hin zu erneuerbaren Energien. Nur vereinzelt wird die Errichtung neuer Reaktoren ins Auge gefasst. Die Planungen für den Bau neuer Atomreaktoren in Mittel- und Osteuropa sind zunehmend geprägt von der Notwendigkeit hoher Staats-subventionen und geopolitischen Überlegungen zu den potentiellen Anbietern.

Als Folge des Fukushima-Unfalls hat der Rat der Europäischen Union ENSREG (European Nuclear Safety Regulators Group) und die Europäische Kommission nach österreichischer Initiative aufgefordert, Rahmen und Modalitäten für Stress-Tests mit Unterstützung der WENRA (Western European Nuclear Regulators Association) zu entwickeln. Eine der wichtigsten Zielsetzungen war die Überprüfung der Robustheit von europäischen Atomkraftwerken im Fall extremer Naturereignisse und Naturkatastrophen und die Einschätzung der Fähigkeit der Atomkraftanlagen, auch schwere Unfälle bewältigen zu können. Die beschlossenen Nachrüstungen und Ertüchtigungsmaßnahmen waren und sind in den jeweiligen Ländern zu verwirklichen und stellen die Betreiber vor große finanzielle und technische Herausforderungen.

Jene Länder, die weiterhin an der Atomkraft festhalten, versuchen weitestgehend die Laufzeit der bestehenden Anlagen zu verlängern.

Alle 146 Reaktoren in Europa sind seit mehr als einem Jahrzehnt in Betrieb, mehr als 80 Prozent der Reaktoren laufen seit mehr als 30 Jahren. Die Atomkraftwerke waren im Allgemeinen für eine Betriebsdauer (Laufzeit) von 30 bis 40 Jahren konzipiert. Die Laufzeit vieler Anlagen nähert sich dieser Grenze oder hat diese bereits überschritten. Die Erfahrung zeigt, dass in allen technischen Systemen Qualität und Zuverlässigkeit der Bauteile mit zunehmender Betriebsdauer durch Alterung abnehmen.

Die Atompolitik der EU stellt sich Anfang 2021 wie folgt dar:

- ▶ neue Atomreaktoren erweisen sich aufgrund verstärkter Sicherheitsauflagen, hoher Investitionskosten und preisgünstigen erneuerbaren Quellen als völlig unwirtschaftlich
- ▶ die einzigen bestehenden europäischen Atombauwerke in Flamanville, Mochovce und Olkiluoto zeigen jahrelange Bauzeitverzögerungen und Kostenexplosionen
- ▶ Europas neue Reaktorbaureihe EPR wurde zum wirtschaftlichen Flop, die europäische Atomindustrie befindet sich in einer schweren Krise
- ▶ in den Energiestrategien einiger EU-Staaten wird der Ausbau der Atomenergie als Beitrag zur künftigen Lösung für den Klimaschutz nach wie vor forciert
- ▶ die Entscheidung, ob Atomenergieerzeugung auf EU-Ebene als nachhaltig eingestuft wird ist ein Konfliktthema unter den Mitgliedsstaaten

In naher Zukunft wird es keine zufriedenstellende Lösung für die Endlagerung von Atommüll geben. Europaweit werden Standorte im Rahmen umfangreicher Partizipationsprozesse gesucht. Oberösterreich ist von der Standortsuche in Deutschland und Tschechien betroffen.

Ziele der Oö. Anti-Atom-Offensive

Auf Grund dieser Sachlage wird sich das Land Oberösterreich daher in den Folgejahren auf folgende Aktivitäten konzentrieren und eintreten:

- ▶ Gegen Betriebszeitverlängerungen - Forderung nach verpflichtender grenzüberschreitender UVP, Festlegung einer Höchstlaufzeit für AKW, keine unbefristeten Laufzeiten
- ▶ Gegen Milliardensubventionen für Atomkraft-Neubauprojekte, -Erweiterungen oder Laufzeitverlängerungen
- ▶ Gegen grenznahe Standorte von Atommüll-Endlagern (Deutschland, Tschechien)
- ▶ Gegen die Anerkennung von Atomkraft als Klimaschutz-Maßnahme und für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft

Perspektiven

Die Aktivitäten der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich haben sich, ausgehend von der Fokussierung auf das Atomkraftwerk Temelín, über weitere grenznahe Kernkraftwerke - deren Laufzeitverlängerungen und Neubauten - und der Endlagerthematik bis hin zum Einsatz für einen europäischen Atomausstieg weiter entwickelt. Weiters konzentriert sich die Tätigkeit der Vereine auf ein Verbot der Subventionen für Atomstrom und auf die Thematik der Haftpflicht für Atomkraftwerke in Europa. Die Entkräftung der Klimaschutz-Argumente zur Nutzung der Atomkraft hat sich in kurzer Zeit zu einem wichtigen Aufgabenfeld entwickelt.

Durch intensive Bemühungen auf politischer Ebene, als auch durch öffentlichen Druck kann die Oö. Anti-Atom-Politik gute Erfolge vorweisen. In Deutschland wurden 11 Reaktorblöcke, darunter auch das grenznahe Atomkraftwerk Isar 1, geschlossen, der Ausbau von Temelín konnte bislang verhindert werden. Der Endlagerstandort Boletice, sehr nahe an Oberösterreichs Grenze, wurde durch gemeinsamen Widerstand von Politik und Vereinen fallen gelassen.

Eine Beschwerde gegen die Verletzung der EU-UVP-Richtlinie führte zu einer Anpassung der Gesetzgebung in der Tschechischen Republik. Oberösterreich hat sich an allen grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) beteiligt. Als Erfolg ist auch die zunehmend kritische Einstellung von Teilen der tschechischen Bevölkerung zur Atomkraft, besonders an den potentiellen Standorten für Endlager und Uranabbau zu werten.

In Bezug auf die Sicherheit wird ein höchstmögliches Sicherheitsniveau für bestehende Anlagen, die Verhinderung der Laufzeitverlängerungen und die Schließung der Reaktoren alter Bauart, sowie die konsequente Weiterführung von Stresstests gefordert. Durch die Beauftragung von Fachstudien anerkannter unabhängiger ExpertInnen wird zur breiten Diskussion der Themen beigetragen.

Neben politischen Initiativen und der Teilnahme und Arbeit in den bilateralen Gremien, werden alle rechtlichen Schritte gegen grenznahe Atomkraftwerke und Lagerstätten geprüft und geeignete Schritte ergriffen.

Die Atomenergie ist weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung noch eine tragfähige Option zur Bekämpfung des Klimawandels. Aus diesem Grund spricht sich das Land Oberösterreich gegen jegliche direkte oder indirekte Subventionierung für den Atomkraftausbau in Europa aus. Anstatt dessen sollen diese Mittel zur Erreichung der Energiewende als strategisches Investment in eine nachhaltige und ressourcenschonende Zukunft bereitgestellt werden. Mit der Gründung der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ wurde ein länderübergreifender Verbund geschaffen, der sich gemeinsam für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft einsetzt.

Leitlinien

Aufbauend auf den umfangreichen bisherigen Aktivitäten der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich, den Ergebnissen der Anti-Atom-Gipfel, sowie den inhaltlichen Beschlüssen des Oö. Landtags können die folgenden übergeordneten Zielsetzungen formuliert werden:

- ▶ Alle Möglichkeiten wahrnehmen, um eine Verringerung des nuklearen Risikos für das Land Oberösterreich und seine Bewohner/innen zu erwirken.
- ▶ Das Land Oberösterreich wird seiner Rolle als Vorreiter in der Anti-Atom-Politik gerecht und ist Impulsgeber, sowohl in Österreich als auch auf europäischer Ebene. Dazu bekennt es sich weiterhin zur unabhängigen Position des/der Anti-Atom-Beauftragten und der Förderung von Projekten atomkritischer Vereine in Oberösterreich und der Tschechischen Republik als unverzichtbaren Beitrag zur Anti-Atom-Offensive.

- ▶ Oberösterreich setzt seine führende Rolle in der im Jahr 2016 in Brüssel formierten „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ fort, um die wichtige grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und verstärkt die Anti-Atomarbeit Richtung EU-Institutionen.
- ▶ Oberösterreich strebt eine verstärkte Arbeitsteilung der Bundesländer an und wird sich innerhalb dieser vor allem auf EU-weite Entwicklungen sowie Nuklearprojekte in Tschechien und in Kooperation mit anderen Bundesländern, der Slowakei und Bayern konzentrieren.
- ▶ Um den europaweiten Atomausstieg voranzubringen, sollten sich die Euratom-Forschungsprogramme auf Sicherheits-, Entsorgungs- und Gesundheitsfragen beschränken. Oberösterreich wird dafür eintreten, dass sich Österreich entsprechend positioniert und damit eine Reform des Euratom-Vertrags antreibt.
- ▶ Durchführung des Strategiebeirates, in dem der/die Anti-Atom-Beauftragte und Expert/innen des Landes die Anti-Atom-Strategie und die Anti-Atom-Projekte beraten und beschließen. Zudem wird durch regelmäßige Informations- und Gesprächsrunden der Landtagsparteien und des/der zuständigen Umweltreferenten/in eine breite politische Kommunikation angestrebt.

- ▶ Förderung der NGO-Arbeit im Rahmen der festgelegten Zielsetzungen mit Schwerpunkt auf verstärkte Zusammenarbeit und Koordinierung der Vereine (wie bspw. bei der Organisation der NEC) und verstärkter interner Evaluierung der Projektendberichte.
- ▶ Die parteiunabhängige Anti-Atom-Offensive wird in enger Kooperation mit dem/der Anti-Atom-Beauftragten und den Vereinen konsequent fortgesetzt.
- ▶ Oberösterreich bekennt sich zur Energiewende hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern. Der damit verbundene Ausstieg aus der Nutzung von Atomkraft und damit die einhergehende Beispielswirkung sollen einen wichtigen Beitrag zur Oö. Anti-Atom-Politik darstellen.

Aktivitäten

- ▶ Aktive Teilnahme an grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen zur Errichtung neuer und Rückbau stillgelegter Atomanlagen, Zwischenlager und Endlager sowie an strategischen Umweltprüfungen der die Atomkraft betreffenden Konzepte. Forderung nach erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten für EU-Staaten und die Bevölkerung in geeigneten Verfahren und einer angemessenen frühzeitigen Einbindung.
- ▶ Konstant kritische Beobachtung und Ergründung von Störfällen insbesondere grenznaher Atomkraftwerke um ein höchstmögliche Sicherheit einzufordern.
- ▶ Bewusstseins- und Informationsarbeit zur Nutzung der Atomenergie, ihrer Sicherheitsrisiken und wirtschaftlichen Konsequenzen, über Alternativen und dass Atomkraft keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Information der Öffentlichkeit in Österreich und in Tschechien u.a. durch Nutzung neuer Medien.
- ▶ Fortführung der erfolgreich als europäische Leitveranstaltung im Bereich der Anti-Atom-Politik etablierten Nuclear Energy Conference (NEC).
- ▶ Politische Initiativen in Österreich und auf EU-Ebene setzen, u.a. im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit der Bundesländer sowie der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“.
- ▶ Für die Konferenzen der Landesumwelt-ReferentInnen wird darauf hingewirkt, dass die Inhalte des Anti-Atomplans und deren Umsetzung regelmäßig Gegenstand der Tagesordnung sind.
- ▶ Nationale und grenzüberschreitende rechtliche Schritte prüfen, einfordern und geeignete Maßnahmen einleiten.



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung Umweltschutz
Kärntnerstraße 10-12, 4021 Linz
Telefon (+43 732) 77 20-136 23
E-Mail us.post@ooe.gv.at

Grafik/Layout Julia Tauber

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter:
www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz

April 2022